Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,350.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 109. Montag den 19. April 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das neuerrichtete **II. Diaconat** an der hiesigen **Matthäikirche** ist zu besetzen.

Mit dieser Stelle ist ein Gehalt von **3600 Mark bis 4200 Mark** jährlich und **ein Fünftel** dieses Gehalts als **Wohnungsentschädigung** vergehalt verbunden, daß der Stelleninhaber mit dem niedrigsten Satze von 3600 ℳ beginnt und nach je 3 Jahren 200 ℳ Zulage erhält, bis er den höchsten Gehaltssatz von 4200 ℳ erreicht hat. Entsprechend erhöht sich auch die Wohnungsentschädigung.

Bewerbungsgesuche sind unter Beifügung von Zeugnissen bis zum

15. Mai lfd. J.

bei uns einzureichen.

Leipzig, den 15. April 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Vom 1. Juli dieses Jahres an ist bei uns die mit einem Jahresgehalte von 240 ℳ dotirte Stelle eines Leichenschauarztes für den 1., 7. und 8. Leichenschaubezirk anderweit zu besetzen und fordern wir geeignete Bewerber hierdurch auf, ihre Gesuche bis zum 15. Mai laufenden Jahres bei uns einzureichen.

Leipzig, am 6. April 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Trinckler.

Bekanntmachung.

Nachdem der durch das Hochwasser beschädigte Fußweg entlang der Pleiße nach Connewitz wieder hergestellt worden ist, wird derselbe dem Verkehr wieder übergeben.

Leipzig, den 17. April 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Vermiethung von Geschäftsräumen in der neuen Börse.

Im Obergeschoß der neuen Börse, Abendseite, sind vom 1. October ab, auf Wunsch auch früher, 6 Zimmer als Geschäftsräume zu vermiethen. Die Vermiethung soll im Wege der **Versteigerung**

Donnerstag, den 22. April, Vormittags 11 Uhr

in dem großen der zu vermiethenden Zimmer erfolgen. Der Vertrag ist auf 5 Jahre fest, von da ab gegen halbjährige Kündigung abzuschließen.

Die Versteigerung erfolgt sowohl für alle 6 Zimmer zusammen als auch einzeln. Die Entschließung, ob dieselben im Ganzen oder einzeln abgegeben werden sollen, bleibt vorbehalten, ebenso die Auswahl unter den Bietern.

Die Besichtigung der Räume ist schon vor dem obigen Zeitpuncte gestattet.

Leipzig, den 17. April 1886.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth. Dr. Gensel, S.
Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Nach einer anher erstatteten Anzeige ist das von der unterzeichneten Sparcassenverwaltung unter Nr. 1752 auf **Franz Moritz Domaschke** in Leipzig lautende Sparcassenbuch abhanden gekommen.

In Gemäßheit von §. 10 der hiesigen Sparcassenordnung wird der etwaige Inhaber dieses Buches hiermit aufgefordert, seine Ansprüche an dasselbe bei deren Verlust innerhalb 3 Monaten und spätestens bis

zum 22. Juli 1886

allhier anzumelden, widrigenfalls das Einlagebuch für ungültig erklärt und die Einlage dem Verlust-Anmelder wird ausgezahlt werden.

Gohlis bei Leipzig, am 15. April 1886.

Die Sparcassenverwaltung.
Singer. Hgr.

Die allgemeine Ausstellung

von Schülerzeichnungen der städt. Schulen: Real-, Thomas- und Nikolaigymnasium, Realschule, höhere Schule für Mädchen, Fortbildungsschule für Mädchen, 1. u. 2. Fortbildungsschule für Knaben, 1.—7. Bürgerschule und 1.—8. Bezirksschule für Knaben und Mädchen, sowie der Baugewerkschule ist geöffnet

Palmsonntag Nachm. 2—6 Uhr, Montag u. Dienstag von früh 9 bis Nachmittags 5 Uhr.

Local: **Erste Bürgerschule für Knaben.** Zutritt frei, Kindern nur in Begleitung Erwachsener gestattet.

Flinzer, städt. Zeicheninspector.

Gesucht

wird der am 12. December 1872 geborene Realschüler

Rudolph Walter Paim.

Derselbe hat sich seit 16. ds. Mts. aus elterlicher Behausung entfernt. Alle Polizeiorgane werden ersucht, Ermittelungen über das Schicksal des Knaben anzustellen, eventuell sofort Anzeige anher zu erstatten. Bekleidet war derselbe mit einem neuen Jackenanzug (dunkelblau), Schülermütze und Halbschuhe. Der Vermißte hat als besonderes Kennzeichen Sommersprossen im Gesicht.

Volkmarsdorf, am 17. April 1886.

Die Polizei-Verwaltung.
Lehmann. Vgl.

Nichtamtlicher Theil.

Die socialistische Bewegung in Belgien.

Man würde sich sehr täuschen, wenn man den beschwichtigenden Nachrichten Glauben schenken wollte, welche der officielle und officiöse belgische Telegraph über die angeblich völlige Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe im Lande zu verbreiten bemüht ist. Gewaltsame Ausschreitungen sind allerdings seitens der massenhaften, von den zahlreichen revolutionären Agenten und rothen Blättern aufgehetzten Arbeiterbevölkerung nicht mehr vorgekommen, nachdem die belgische Regierung sich freilich etwas spät entschlossen, die anarchistische Bewegung mit Waffengewalt zu unterdrücken, aber von einer wirklichen, vertrauenerweckenden Rückkehr der Ruhe kann nach zahlreichen Anzeichen und Kundgebungen noch lange nicht die Rede sein.

Die Stimmung und Haltung des weitaus größten Theils der belgischen Arbeitermassen haben vielmehr ihren drohenden Charakter noch keineswegs abgelegt, ja im Hinblick auf diese Thatsache ist es geradezu unbegreiflich, wenn die von Brüssel in die Welt gesendeten officiellen Depeschen und Nachrichten zu behaupten wagen, daß die Ruhe eine vollkommene und keine weitere Störung derselben zu besorgen sei. Gegen diese unwahre Angabe der klerikal gefärbten belgischen Regierungskreise erheben sich schon seit mehr als einer Woche nicht allein alle unabhängigen ordnungsliebenden belgischen Blätter, sondern wir finden denselben Protest auch in englischen, ja selbst französischen Zeitungen, welche das ebenso unwürdige als unglaubliche Vertuschungssystem der belgischen Regierung nicht genug tadeln können und auf Thatsachen gestützt den Beweis führen, wie wenig man Ursache habe, diesen Kundgebungen und Versicherungen der belgischen Regierung Glauben zu schenken.

Dagegen wird von allen vorher genannten Blättern übereinstimmend berichtet, daß die Lage in Belgien noch fortwährend eine sehr ernste sei und man gar nicht wissen könne, was die drohenden Arbeitermassen für die nächste Zukunft noch im Schilde führen. Es fehlt sogar nicht an Stimmen, welche behaupten, daß die international-socialistisch-anarchistische Verschwörung Belgien zum Schauplatz gewählt, von wo die rothe Revolution, durch die geographische Lage Belgiens begünstigt, sich gleichzeitig nach Frankreich und Deutschland zu verbreiten habe. Wenn auch diese Auffassung mindestens im Hinblick auf Deutschland, keine wirkliche Gefahr bedeutet, so darf man sich andererseits doch nicht den Wahrnehmungen verschließen, welche die gegenwärtig so bedenklich unterwühlten Zustände Belgiens jedem objectiven, gewissenhaften Beobachter bieten.

Während die Regierung in Brüssel erst spät die schon längst nöthig gewesene Energie gegen die socialistisch-anarchistischen Wühler entfaltete und jetzt ziemlich erfolglos nach dem rothen „Volkskatechismus" fahndet, nachdem bereits 400,000 Exemplare verbreitet sind, dauern die Agitationen an allen Enden und Enden des Landes ununterbrochen fort. Nach den unabhängigen belgischen Blättern vergeht kein Tag, ohne daß man von großen socialdemokratischen Versammlungen hört, welche die Arbeiterführer Dejuisseaux, Volders, Flavieux, Splingard, Anseele und andere Agitatoren bald da, bald dort unter großem Zudrange veranstalten. In der Fabrikstadt Ninove bei Gent, wo fast sämmtliche Arbeiter der socialdemokratischen Actionspartei angehören und sich noch immer weigern, die Arbeit wieder aufzunehmen, werden nicht weniger als zwei Versammlungen täglich abgehalten, in welchen geradezu der offene Aufruhr gepredigt wird. Die streikenden Arbeiter, besonders die der zahlreichen Spinnereien, sind mit Geldmitteln wohl versehen und treiben sich den ganzen Tag und die halben Nächte in den Kneipen und Cafés umher, wo allerlei Unfug verübt wird, der täglich zu Conflicten mit der Polizei und den Patrouillen der Bürgerwehr führt, welche den Arbeitern ganz besonders verhaßt ist, was zu allerlei Verhöhnungen und Herausforderungen der Bürgerwehr Veranlassung giebt. In den verfochtenen „Bourgs bouvris" der flandrischen Provinzen liegen die bedenklichen Folgen der anarchistischen Aufreizungen ganz offen zu Tage. Das Gleiche ist unter der dichten, zu allen Gewaltthaten bereiten Arbeiterbevölkerung von Charleroi, Mons und Lüttich wahrzunehmen. Was Brüssel betrifft, so folgt auch dort eine socialdemokratische Versammlung der anderen, worüber aber die Regierungsblätter stets ein vertuschendes Schweigen als zweckmäßig erachten. Bald steht die „Avand-garde" républicaine", bald die „Fédération ouvrière", bald der „Club républicain" im Vordergrund einer thatsächlich in die breiten Volksmassen dringenden Agitation. Da kann man sich kaum wundern, wenn die theilweise Wiederaufnahme der Arbeiten durch neue Streiks unterbrochen wird. Solche werden abermals seit einigen Tagen aus den Kohlengruben von Charleroi, aus den Steinbrüchen von Lüttich, aus den Provinzen von Namur und Gent, ja sogar aus der Stadt Antwerpen gemeldet, wo auch die Hafenarbeiter sich der allgemeinen socialdemokratisch-anarchistischen Bewegung angeschlossen haben. In Landes ist sogar von einer Rotte Aufrührer der Versuch gemacht worden, das Haus des Directors einer Eisengießerei mittelst Dynamit in die Luft zu sprengen. Inzwischen hat der Hauptagitator Alfred Dejuisseaux einen „deuxième catéchisme du pauvre peuple" herausgegeben, welcher ebenso reißenden Absatz findet, wie der erste und das Volk auf die Ereignisse 13. Juni vorbereiten soll.

Die gegenwärtige belgische Regierung sieht allen diesen Erscheinungen und Drohungen ohnmächtig gegenüber und sucht vergeblich nach Mitteln, um der Bewegung Herr zu werden. Die liberale Partei ist gegenwärtig zu sehr mit der Beseitigung der Gefahren beschäftigt, welche ihr von socialdemokratischer Seite drohen, aber andererseits fehlt es doch nicht an Anzeichen und Thatsachen, daß die Tage der klerikalen Regierung Belgiens gezählt sein dürften.

Leipzig, 19. April 1886.

* Wiederholte Erfahrungen haben dargethan, welche bedenklichen Folgen Arbeitseinstellungen für Staat und Gesellschaft haben können. Denselben vorzubeugen ist eine Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 11. April dieses Jahres bestimmt, welche die Aufmerksamkeit der zuständigen Behörden auf dieses Gebiet hinlenkt und ihnen bestimmte Handhaben für die Behandlung der ihnen hierbei erwachsenden Aufgaben giebt. Danach sollen die Polizeibehörden sich zwar der gesetzlich bestehenden Coalitionsfreiheit gegenüber jeder Maßregel sorgfältig enthalten, welche als eine Parteinahme für die Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer oder umgekehrt erscheinen könnte, auf der anderen Seite aber zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung streng darüber wachen, daß der Lohnkampf ausschließlich auf friedlichem Wege und mit gesetzlichen Waffen zum Austrage gelangt. Jedem von der einen oder der anderen Seite ausgehenden Versuche, anläßlich der auf dem Gebiete der Lohnbewegung entstehenden Streitigkeiten den legalen Boden zu verlassen, soll daher nachdrücklich und mit allen gesetzlichen Mitteln entgegengetreten werden. Von den strafrechtlich zu verfolgenden Vergehen abgesehen, gehören zu den Ausschreitungen, welche den Charakter widerrechtlicher Gewaltsamkeit an sich tragen, namentlich die Versuche, einheimische oder auswärtige Arbeiter daran zu hindern, als Ersatz in die entstandenen Lücken einzutreten; ferner namentlich die Agitationen auf den Bahnhöfen, sowie die Verhöhnung und Belästigungen der weiter arbeitenden Arbeiter. In allen solchen Fällen sollen die Polizeiorgane dem betroffenen Theile Schutz und Beistand gewähren. Ganz besonderer Ueberwachung sollen indeß diejenigen Arbeitseinstellungen unterworfen werden, welche durch die socialdemokratische Agitation angestiftet sind oder auch nur in ihrem weiteren Fortgange der Leitung derselben verfallen, die somit ihren wirthschaftlichen Charakter abstreifen und einen revolutionären annehmen.

„In dem Augenblicke — heißt es in der ministeriellen Verfügung — wo durch Thatsachen jene den Umsturzbestrebungen dienende Tendenz bei einer Arbeitseinstellung zu Tage tritt, wird auch die Nothwendigkeit gegeben sein, gegen die mit ihr zusammenhängenden öffentlichen Kundgebungen auf dem Gebiete der Presse, sowie des Vereins- und Versammlungswesens die Vorschriften des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 mit derselben Strenge in Anwendung zu bringen, wie gegen jene Bestrebungen überhaupt. Insbesondere wird nach Befinden der Umstände in derjenigen Bezirken, innerhalb deren die im §. 28 des oben angeführten Gesetzes vorgesehenen außerordentlichen Maßregeln in Wirksamkeit gesetzt sind, von letzteren auch gegen Führer von Streikbewegungen Gebrauch zu machen sein, sobald die Behörde die begründete Ueberzeugung gewinnt, daß von diesen Personen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist."

Zum Schluß der Verfügung wird auf das Recht und die Pflicht des Verwaltungschefs des betreffenden Bezirks hingewiesen, im Falle eines durch Arbeitseinstellungen veranlaßten Aufruhrs sofort bei dem obersten Militairbefehlshaber die Erklärung des Belagerungszustandes in Gemäßheit des Gesetzes vom 4. Juni 1851 zu beantragen.

* Der „Kreuz-Zeitung", einem Blatte, welches sich noch immer anmaßt, das Organ der conservativen Partei zu sein, wird heute durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine Abfertigung zu Theil, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Das Regierungsblatt schreibt:

Die „Kreuz-Zeitung" hat die Berathung der kirchenpolitischen Vorlage zum Anlaß genommen, um einen Ausfall gegen die Nationalliberalen zu machen und dabei auch der Regierung einen Hieb zu versetzen. „Möge die Regierung", sagt das Blatt, „mit den Nationalliberalen allein gehen, die conservative Partei hat mit dem Conflictsgrund der Dinge, die zu dem gegenwärtigen Sturm und Drang geführt haben, und mit den verschiedenartigen Bäumeyägen in der jüngsten deutschen Geschichte so wenig zu schaffen, daß sie die ihr jetzt gütlich zugeschobene Bäumerolle schon aus Mangel an Localkenntniß ablehnen muß."

Zunächst müssen wir die „Kreuz-Zeitung" darauf aufmerksam machen, daß sie kein Recht hat, namens der conservativen Partei das Wort zu nehmen. Sie ist noch weniger das Organ der conservativen Partei als die „Germania" das des Centrums ist. Wenn die „Germania" noch einen starken Procentsatz des Centrums hinter sich hat, so kann die „Kreuz-Zeitung" das nur von einem verhältnißmäßig geringen Bruchtheile der conservativen Partei im Lande und ihrer Fractionen in den Parlamenten nachweisen, die Mehrheit der Conservativen hat mit der „Kreuz-Zeitung" die Ziele und Wege nicht gemein, und dieses Blatt ist nicht der Ausdruck ihrer Stimmungen.

Die „Kreuz-Zeitung" hat zweitens kein Recht, zu behaupten, daß „sie mit dem Conflictsgrund der Dinge, die zu dem gegenwärtigen Sturm und Drang geführt haben, nichts zu schaffen habe". Gerade die „Kreuz-Zeitung" ist es gewesen, welche die conservative Partei zu einer Zeit, wo ihr Einfluß auf dieselbe stärker war als heute, in den „Conflictsgrund" hineingetrieben hat, indem sie den Bruch der Conservativen Anfangs der siebenziger Jahre herbeiführte und durch verleumderische Angriffe auf die Regierung unheilbar machte.

Wir erinnern an die Anfänge des Culturkampfes, welche sich an das Schulaufsichtsgesetz knüpften und an die gehässigen Angriffe auf die Regierung und insbesondere auf den Fürsten Bismarck, die damals von der „Kreuz-Zeitung" ausgingen. Anknüpfend an eine Bemerkung des Ministerpräsidenten, daß in einem constitutionellen Staate die Minister einer Majorität bedürften, erklärte das genannte Blatt, „es müsse das monarchische Princip gegen parlamentarische Majoritätswirthschaft vindicirt werden"; es klagte den Fürsten Bismarck an, daß er die Ministerverantwortlichkeit ganz im Sinne französischer Theorien behandle, und daß er im Widerspruch der preußischen Verfassung eine amtliche Autocritisirung des Ministerpräsidenten heraufbeschwöre. Endlich wurde die Beschuldigung erhoben, daß Fürst Bismarck das christliche Bekenntniß anfeinde. Unter unflätiger Leitung, der ultramontanen und polnischen Strömung kritiklos hingegeben, wurde die „Kreuz-Zeitung" mehr und mehr ein Mitkämpfer der radicalen Oppositionsblätter gegen die Regierung. Es ist bekannt, daß damals Leute, die der „Kreuz-Zeitung" nahestanden, keine Scheu getragen haben, sich an der von der „Reichsglocke" gewerbsmäßig betriebenen Ehrabschneiderei aktiv zu betheiligen. Hatte doch die „Kreuz-Zeitung" selbst in den berüchtigten Sieva-Artikeln die schändlichsten Verleumdungen in die Welt geschickt, nur mit dem Unterschiede, daß eine Form von ihr gewählt worden war, welche gegen gerichtliche Verfolgung deckte. Dank dem Ansehen, welches sie sich zur Zeit ihres Entstehens erworben hatte, als sie in preußischer Treue dem Vaterlande namhafte Dienste leistete, gelang es ihr, die conservative Partei irrezuführen und sie zum Kampfe gegen die Regierung zu verleiten. Die bekannte Demonstration der „Declaranten" wurde von der „Kreuz-Zeitung" derart in Scene gesetzt, daß Hunderte von evangelischen Geistlichen und viele der hervorragendsten Conservativen mit ihrer Namensunterschrift öffentlich für jene Verleumdungen gegen den Reichskanzler eintraten.

Man braucht sich nur die Frage vorzulegen, wie würde sich der Culturkampf und die Reichsgesetzgebung überhaupt ohne den Abfall der conservativen Partei gestaltet haben, um jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß die Eingangs erwähnte Behauptung der „Kreuz-Zeitung" eine baltische Unwahrheit enthält. Von der conservativen Partei verlassen, mußte die Regierung anderweitig die Unterstützung suchen, deren sie zur Erhaltung und Belebung der neuen Reichsinstitutionen bedurfte, und sie fand sie bei den Nationalliberalen. In Verbindung mit diesen aber war sie genöthigt, den Kampf gegen den Ultramontanismus nach einer anderen Taktik zu führen als sie es an der Spitze der conservativen Partei gekonnt hätte. Daraus folgt, daß letztere allerdings mit dem Conflictsgrund der Dinge, die zu dem gegenwärtigen Sturm und Drang geführt haben, zu schaffen hat, vor Allem aber die „Kreuz-Zeitung" als die intellectuelle Urheberin der Parteistellung, welche die Conservativen bei der Entwickelung und während des Culturkampfes eingenommen haben.

Mag die „Kreuz-Zeitung" noch so viele Künste der Dialektik aufwenden, um sich weiß zu waschen — facta loquuntur, die Thatsachen legen Zeugniß gegen sie ab.

* Bei der Reichstagsnachwahl im zweiten hannoverschen Wahlkreise, bei welcher der nationalliberale Candidat mit fast 1500 Stimmen über den „deutschfreisinnigen" siegte, haben sich die Socialdemokraten, vermuthlich aus persönlichen Gründen, der Abstimmung enthalten. Daß es letzteren recht schwer geworden ist, nicht für den „deutschfreisinnigen" Candidaten eintreten zu können, ergiebt sich sehr deutlich daraus, wie im „socialdemokratischen „Norddeutschen Wochenblatt" bei Verkündigung des Wahlenthaltungs-Entschlusses die Verdienste der Fortschrittler und „Deutschfreisinnigen" um die socialdemokratische Sache unumwunden anerkannt werden; hierüber sagt das socialdemokratische Organ:

„Wir gestehen offen, daß es uns aus taktischen Rücksichten persönlich lieber gewesen wäre, wenn die Fortschrittler gesiegt hätten, da wir genau wissen, daß dieselben bei der Landbevölkerung den Unterpfiff für die Socialdemokratie bilden, und es uns erst dann möglich wird, bei den Bauern Erfolge zu erringen, wenn dieselben sich erst durch verschiedene Jahre daran gewöhnt haben, wenigstens scheinoppositionell, d. h. fortschrittlich zu wählen. Sehen sie dann ein, daß bei den Phrasen der Deutschfreisinnigen auch nichts zu profitiren ist, dann sind sie eher dahin zu bringen, noch einen Schritt weiter zu gehen und sich von der Richtigkeit der Grundsätze der Arbeiterpartei zu überzeugen. Im Grunde genommen arbeiten also die Herren Fortschrittler immer nur für uns, und wir treten doch schließlich die Erbschaft derselben an."

Wenn den Parteigenossen Eugen Richter's von anderer Seite vorgehalten wurde, daß sie nur als gute Vorfrucht für die Socialdemokratie arbeiteten, hat es stets einen gewaltigen Lärm darüber gegeben. Die Socialdemokraten selbst müssen doch aber, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", welche dies Thema in einem längeren Leitartikel bespricht, treffend hervorhebt, am besten zu beurtheilen wissen, wer für sie und wer gegen sie arbeitet, und wenn hier in so klarer Weise, wie es zuvor nie geschehen, sogar unter Beibehaltung des den landwirthschaftlichen Verhältnissen entlehnten Gleichnisses den „freisinnigen" Arbeiten für die Socialdemokratie Anerkennung gezollt wird, dann darf man gespannt sein, wie man sich für diese „Anerkennung" dankbar erweisen wird, und ob bei zukünftigen Wahlen dem gebildeten Bürgerthum in Stadt und Land die Augen aufgehen werden, wer seine wahren Freunde sind.

* * *

* Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die türkische Regierung eine neuerliche Bestellung von Geschützen bei Krupp gemacht, die bis Ende Mai abgeliefert werden müssen. Der Director der Pulverfabrik, Sabit Pascha, ist bereits auf dem Wege nach Essen, um die Herstellung der Geschütze zu überwachen. — Die kaiserliche Yacht „Dyedie", auf welcher die zur Begleitung des Kaisers Alexander III. bestimmte Mission die Reise nach Livadia unternehmen soll, ist bereits vollständig zum Auslauf bereit. Bis jetzt ist aber die definitive Ernennung der Mitglieder dieser Mission noch nicht erfolgt.

* Die Cholera ist jenseits der Alpen, nach Ausweis der telegraphischen Berichte, wieder in der Zunahme begriffen. Mag sie nun, wie behauptet wird, von Indien eingeschleppt sein oder sich aus rückständig gebliebenen Keimen entwickelt haben: jedenfalls bedroht sie den öffentlichen Gesundheitszustand und auch die Handels- und Verkehrsverhältnisse, mittelbar also das gesammte Erwerbsleben Italiens mit neuen schweren Gefahren, bei denen auch das übrige Europa kaum gleichgiltig bleiben kann. Was Deutschland betrifft, sei nur daran erinnert, daß jetzt die Zeit da ist, wo die Zuzüge italienischer Arbeiter über die Alpen ihren Anfang nehmen, desgleichen die Saison für Touristen und Geschäftsreisende, mithin dem deutsch-italienischen Verkehr eine wesentliche Steigerung erwächst und in gleichem Maße die Gefahr einer Verschleppung von Cholerakeimen näher rückt. Unsere Staats- und Gemeindebehörden dürften daher kaum umhin können (so wird officiös geschrieben), auch jetzt wieder rechtzeitig die sanitären Vorbeugungsmaßregeln zu treffen, welche bis jetzt unser Vaterland vor dem Eindringen des unheimlichen Gastes haben behüten helfen und auch in Zukunft hoffentlich behüten werden.

* Eine kürzlich veröffentlichte publicistische Leistung der Paul Déroulède'schen Patriotenliga, das Tendenzopus: „Avant la bataille" begegnet auch in der öffentlichen Meinung Englands der abfälligsten Beurtheilung. So führt z. B. der Londoner „Globe", nachdem er constatirt hat, daß die Theorie jener Hetzschrift von dem Gedanken ausgehe, Deutschland plane einen neuen Einfall in Frankreich, nicht um letzteres noch mehr Milliarden und Provinzen wegzunehmen, sondern Frankreich ein für allemal niederzuschlagen, und daß, wenn Deutschland nicht durch Rachsucht, sondern durch Furcht zum Kriege getrieben werde, dies der allerverzweifeltste Beweggrund sei, der ein Volk beseelen könne, folgendermaßen fort: „Wenn das auch nur halbwegs zutreffen sollte, so erscheint es schwer verständlich, wie ein Buch gleich „Avant la bataille" zur Beschwichtigung der Gemüther beitragen kann. Natürlich muß man vermuthen, daß die in Rede stehende Schrift, indem sie den Deutschen die militairischen Hilfsquellen Frankreichs vorführt, Erstere nöthigen will, ihren Gelüsten Zwang anzuthun. Das wäre aber eine absonderliche Rechnung. Eine solche Warnung ist von einer Herausforderung in Nichts verschieden. Sich zu brüsten, daß man binnen zehn Tagen mit 800,000 Mann ins Feld rücken kann, ist der directeste Weg, den Gegner herzuhalten zu machen, in wie viel weniger Tagen er viele Tausend Mann mehr mobilisiren kann. Ueberdem, je stärker zu sein sich Frankreich den Anschein giebt, desto gefährlicher und unerträglicher muß es als Nachbar erscheinen. Wenn Deutschland sich in Wahrheit mit Kriegsgedanken trägt und Frankreich in 15 Jahren so furchtbar erstarkt ist, so wäre die natürliche Folgerung, der rechte Angriffsmoment sei da, ehe Frankreich Zeit hat, noch stärker zu werden, und so lange der größte persönliche Einfluß der Welt das deutsche Reich noch fest zusammenhält."

Zur Lage.

NLC. Berlin, 17. April. Die Thatsache, daß die Nationalliberalen in der kirchenpolitischen Frage zum Fürsten Bismarck in Gegensatz traten, ist denjenigen, welche so oft vergebens das Ende des Nationalliberalismus prophezeit haben, ein Zeichen, daß ihre Weissagung nun endlich in Erfüllung gehen werde. Hätten die Nationalliberalen Alles angenommen, so würden dieselben Leute wahrscheinlich verkündet haben, daß diese unglückliche Partei die letzte Gelegenheit, sich in weiten Volksschichten, noch einmal zu befestigen, verscherzt und ihrer blinden Gefügigkeit gegen den Willen des Kanzlers ihre Zukunft geopfert habe. Jetzt muß sie selbstverständlich umgekehrt ihre Zukunft dadurch preisgegeben haben, daß sie sich vom Kanzler getrennt hat. In Wahrheit werden diese vortrefflichen Propheten die Verwirk-